

**EISENBAHN - HOCHLEISTUNGSSTRECKEN AG****Der Vorstand**

1041 Wien, Postfach 94  
Floragasse 7  
Tel.: 0222 / 505 21 38  
Basa: 98 (868) / 23 04-11  
Fax: 0222 / 505 14 43  
DVR Nr.: 0638404  
HG Wien, FBNR FN 54371 h

An das Präsidium des  
Nationalrates

Dr. Karl Renner Ring  
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	30 -GE/19.04
Datum:	27. MRZ. 1994
verteilt	28. April 1994

*St. Kieninger*

Wien, am 19.4.1994  
GZ.VS-00-47a/Re/1994

Betrifft: Begutachtungsverfahren zum Entwurf einer Novelle zum  
Hochleistungsstreckengesetz vom März 1994

Bezug: Zl. des BMÖWV 210.779/2-II/1-1994 vom 25.3.1994

Sehr geehrte Damen und Herren !

In der Anlage wird die Stellungnahme der Gesellschaft im  
obigen Begutachtungsverfahren 25-fach zur weiteren Verteilung  
übermittelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
**EISENBAHN-HOCHLEISTUNGSSTRECKEN AG**

*Hammerschmid*  
Dr. Hammerschmid

Anlage:  
Stellungnahme 25-fach

**EISENBAHN - HOCHLEISTUNGSSTRECKEN AG****Der Vorstand**

1041 Wien, Postfach 94  
Florogasse 7  
Tel.: 0222 / 505 21 38  
Basis: 98 (868) / 23 04-11  
Fax: 0222 / 505 14 43  
DVR Nr.: 0638404  
HG Wien, FBNR FN 54371 h

An das Bundesministerium für  
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
Sektion II

Radetzkystraße 2  
1030 Wien

Wien, am 19.4.1994  
GZ.VS-00-46a/Re/1994

Betrifft: Hochleistungsstreckengesetz, Begutachtungsverfahren  
zum Entwurf einer Novelle vom März 1994

Bezug: Zl. 210.779/2-II/1-1994

Sehr geehrte Damen und Herren !

Zum obigen Entwurf einer Novelle zum Hochleistungsstrecken-  
gesetz wird wie folgt Stellung genommen:

A) Allgemein Bemerkungen:

Das Vorhaben eines Entwurfes zum Hochleistungsstreckengesetz, mit dem die Bestimmungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes und des neuen ÖBB-Gesetzes mit dem Hochleistungsstreckengesetz harmonisiert werden, wird nachdrücklich begrüßt. Aus Sicht der Gesellschaft sind die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen wichtig und erscheint eine Beschlußfassung äußerst dringlich, da das neue ÖBB-Gesetz bereits vollständig zum 1.1.1994 in Kraft getreten ist und das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz zum 1.7.1994 für die Hochleistungsstrecken in Kraft treten wird.

Unberücksichtigt blieb im gegenständlichen Entwurf ein Vorschlag der Gesellschaft zur Beschleunigung der Genehmigungs

- 2

verfahren. Da das jetzige Gesetzgebungsverfahren nicht durch grundsätzliche Überlegungen zur Beschleunigung der Verfahren verzögert werden soll, begrüßt die Gesellschaft die eingeschlagene Vorgangsweise und weist jedoch darauf hin, daß im Anschluß daran eine weitere Novelle zur Beschleunigung der Bauvorhaben durch Vereinfachung der Genehmigungsverfahren in Anlehnung an das Bundesstraßengesetz, das diesbezüglich wesentlich zweckmäßigere und verwaltungsökonomischere Regelungen vorsieht, notwendig wird.

B) Besondere Bemerkungen:

Zu Ziffer 1 und Ziffer 2 (§ 3 Abs. 1 und § 4 HLG)

Diese Bestimmungen erscheinen auf Grund der Anpassungen des Umweltverträglichkeitsgesetzes unbedingt erforderlich.

Zu Ziffer 3 (§ 5 Abs. 1)

Dies beinhaltet einen äußerst zweckmäßigen und sinnvollen Vorschlag zur Vereinfachung des Ausnahmeverfahrens im Hochleistungsstrecken-Baugebiet. Der Vorschlag entspricht einer bereits vorgenommenen Novellierung des Eisenbahn-gesetztes 1957 mit Bundesgesetzblatt Nr. 452/1992.

Zu Ziffer 4 (§ 8 Abs. 3)

Auf Grund der Praxiserfahrungen und der Ausführungen des Rechnungshofes anläßlich einer Einschau bei der Gesellschaft erscheint die vorgeschlagene Novellierung zweckdienlich und kann nur so den Zielen eines zweckmäßigen und wirtschaftlichen Eisenbahnbaus Rechnung getragen werden, da eine Kosten-bestimmung erst auf Grund der Genehmigungsverfahren möglich ist.

- 3 -

Zu Ziffer 5 bis Ziffer 7 (§ 11, § 13 und § 14)

Diese Bestimmungen dienen zur Anpassung an das Gesetz über die österreichischen Bundesbahnen, gem. BGBl Nr. 825/1992.

Die Bestimmungen erscheinen zum Zwecke einer Anpassung zweckdienlich. Zu § 13 Abs. 2 wird darauf hingewiesen, daß die Formulierung

"... für einen ihr nach § 8 übertragenen Streckenbau ..."  
unklar verstanden werden könnte. Überdies wird in § 11 eine andere Formulierung für die gleiche Bedeutung verwendet. Es wird daher vorgeschlagen, auch für den § 13 Abs. 2 die Formulierung des § 11 wie folgt zu verwenden:


"....für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) ...."

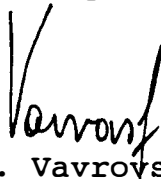
zu Artikel II Übergangsbestimmung:

Das Wort "Verordnung" müßte lauten "Verordnungen".

Wir ersuchen höflich um Berücksichtigung der obigen Vorschläge und verbleiben

Mit vorzüglicher Hochachtung  
**EISENBAHN-HOCHLEISTUNGSSTRECKEN AG**

  
(Dr. Hammerschmid)

  
(Dr. Vavrovsky)

Du: 25-fach an das Präsidium des Nationalrates